

Frankreich: Macron bleibt, somit bleibt auch Ehe für alle

Aufatmen in der LGBTI-Community über den Sieg des Amtsinhabers über die Rechtsextremistin Marine Le Pen. Nun müssten der Wahlkampfretorik aber Taten folgen.

Queere Aktivist*innen und Organisationen aus Frankreich begrüßten den Sieg des liberalen Amtsinhabers Emmanuel Macron über die Rechtsextremistin Marine Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen am Sonntag. Gleichzeitig brachten sie ihre Sorge über den hohen Wähleranteil der queerfeindlichen Le Pen zum Ausdruck und erklärten, dass mehr für LGBTI-Rechte getan werden müsse. Macron hatte in der Stichwahl Le Pen mit 58,5 Prozent gegenüber 41,5 Prozent besiegt.



"Das Ergebnis ist ein Sieg gegen die extreme Rechte, aber der Kampf gegen LGBTI-Phobie und für die Rechte von LGBTI muss morgen weitergehen", erklärte etwa die Organisation SOS Homophobie, die mit mehr als einem Dutzend Regionalbüros Queerfeindlichkeit dokumentiert und Betroffene unterstützt.

Gatipon Matthieu, der Chef des queeren Zentrum Couleur Gaies aus Metz, ergänzte: "Wir freuen uns über das Scheitern von Marine Le Pen, aber ihr gutes Ergebnis sollte uns dazu bringen zu hinterfragen, warum wir nicht die Queerfeindlichkeit und Ausländerfeindlichkeit der extremen Rechten nicht sichtbarer machen können."

Queere Organisationen hatten sich während des Wahlkampfes hinter Macron gestellt, vor allem indem sie vor den Folgen eines Sieges der extremen Rechten warnten. Die Dachorganisation Fédération LGBTI führte etwa die Kampagne "Wenn Marine Le Pen gewinnt..." durch. Gewarnt wurde unter anderem vor einem weiteren Anstieg der queerfeindlichen Gewalt, die nach Ansicht der Aktivist*innen durch queerfeindliche Rhetorik angefacht werde. Es wurde auch befürchtet, dass Le Pen die Ehe für alle wieder abschaffen wolle.

Geradezu enthusiastisch über den Sieg des Amtsinhabers äusserte sich der offen schwule Politiker Franck Riester, der 2018 Kulturminister wurde. 2020 wechselte er ins Amt des beigeordneten Ministers für Aussenhandel und wirtschaftliche Attraktivität. "Fünf weitere Jahre für ein starkes Frankreich in einem unabhängigen Europa, damit die Franzosen mehr Kaufkraft bekommen und konkrete Lösungen für die ökologische Notlage angeboten werden." Der ehemalige Republikaner ist Chef der kleinen Partei "Agir, la droite constructive" (Handeln, die konstruktive Rechte).

Clément Beaune, der offen schwule Europa-Staatssekretär, bezeichnete das Wahlergebnis auf CNN als "wichtigen Sieg" Macrons, gab aber auch zu, dass das Land "uneinig" sei.

Macron war wegen seiner wirtschaftsliberalen Politik und seiner vielen Alleingänge in den letzten Jahren hochumstritten. LGBTI-Rechte hatten sich aber in seiner Regierungszeit erheblich verbessert. So startete Frankreich eine nationale Toleranzkampagne an Schulen, öffnete künstliche Befruchtung für alle Frauen oder stellte schwule Männer beim Blutspenden gleich.

Im Wahlkampf richtete sich Macron auch direkt an die LGBTI-Community: So kritisierte er Anfang des Monats in scharfen Worten die LGBTI-Feindlichkeit der rechtspopulistischen polnischen Regierung.

Marine Le Pen stellte sich dagegen immer gegen LGBTI-Rechte – so sprach sie sich in der Vergangenheit für die Beibehaltung des Ehe-Verbots für Schwule und Lesben aus. Im Wahlkampf versuchte

sie jedoch laut Politikwissenschaftler*innen, mit einer weicheren Rhetorik die rechtsextremen Ansichten ihrer Partei zu verschleiern.

Evangelische Kirche stellte sich gegen Le Pen

Die evangelische Kirche in Frankreich hatte Christen davor gewarnt, am Sonntag die nationalistisch eingestellte Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen zu wählen. In einer Erklärung vom Mittwoch rief die amtierende Präsidentin der Vereinigten Protestantischen Kirche Frankreichs, Pfarrerin Emmanuelle Seyboldt, dazu auf, „die Vorschläge des Rassemblement National zu blockieren“.

Die Politik der Partei beruhe „auf der Infragestellung der Grundfreiheiten, der Ausgrenzung und einem völligen Bruch mit den Grundprinzipien der Republik“. Eine Blockade von „Rassemblement National“ schütze die Demokratie in Frankreich, die ihrerseits auf der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beruhe. Mit ihrer Erklärung hat sich die evangelische Kirche in Frankreich somit gegen Le Pen als Staatspräsidentin des Landes sowie ihre Partei positioniert.

queer.de / 25.4.2022